



PARLAMENTO EUROPEO EVROPSKÝ PARLAMENT  
EUROPA-PARLAMENTET EUROPÄISCHES PARLAMENT EUROOPA PARLAMENT  
ΕΥΡΩΠΑΪΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ EUROPEAN PARLIAMENT  
PARLEMENT EUROPEEN PARLAMENTO EUROPEO EIROPAS PARLAMENTS  
EUROPOS PARLAMENTAS EURÓPAI PARLAMENT  
IL-PARLAMENT EWROPEW EUROPEES PARLEMENT PARLAMENT EUROPEJSKI  
PARLAMENTO EUROPEU EURÓPSKY PARLAMENT  
EVROPSKI PARLAMENT EUROOPAN PARLAMENTTI EUROPAPARLAMENTET

# Plenartagung

## Vorschau - Plenartagung vom 1. - 4. September 2008

- Parlament debattiert Telekompaket: Förderung neuer Technologien und verbesserte Verbraucherrechte
- Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien
- EG-Typengenehmigung für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge
- Mehr Wettbewerb bei Buchung von Flügen
- 22. Februar zum "Internationalen Tag für gleiches Entgelt" erklären
- Werbung noch immer diskriminierend
- EU-Sanktionspolitik im Bereich Menschenrechte
- Engere Zusammenarbeit im Justizbereich
- EU-Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs
- Schrittweise und gegenseitige Öffnung der Dienstleistungsmärkte
- Ministerrat präsentiert Entwurf für EU-Haushalt 2009

**Referat Redaktion & Veröffentlichung :**

Andreas KLEINER

E-Mail: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

BXL: (32-2) 28 32266

STR: (33-3) 881 72336

PORT: (32) 498 98 33 22

**Referat Redaktion & Veröffentlichung :**

Katrin EICHEL

E-Mail: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

BXL: (32-2) 28 41027

STR: (33-3) 881 73782

Internet: [http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous\\_les\\_briefing/default/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_briefing/default/default_de.htm)

## Schwerpunkte

Auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause wird sich das EP u. a. mit folgenden Themen befassen: der Situation in Georgien, dem neuen Telekompaket, der Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Chemikalien, der Bekämpfung des Steuerbetrugs, der erneuerten Sozialagenda, der Gleichstellung von Frauen und Männern, der Genehmigung von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb, dem Gesamthaushaltsplan für 2009 sowie EU-Sanktionen als Teil der EU-Menschenrechtspolitik.

### Montag:

Zu Beginn der Sitzung wird das Plenum drei Berichte debattieren, die sich mit der gegenseitigen **Anerkennung von Urteilen in Strafsachen**, mit der Stärkung der Einheit für justizielle Zusammenarbeit der EU (**EUROJUST**) sowie mit dem **Europäischen Justiziellen Netz** befassen.

Im Anschluss daran geht es um den Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung des Schengener Grenzkodex in Bezug auf die Nutzung des **Visa-Informationssystems (VIS)**. Ziel des Verordnungsvorschlags ist es, die VIS-Verordnung durch entsprechende gemeinsame Regeln zu ergänzen und dazu den Schengener Grenzkodex zu ändern, um eine **effiziente und einheitliche Anwendung des VIS an den Außengrenzen** sicherzustellen.

Der Wirtschaftsausschuss fordert eine **koordinierte Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs**. Die Mitgliedstaaten müssten die Bekämpfung des Steuerbetrugs „endlich ernst nehmen“. Die Abgeordneten bedauern die Blockadehaltung einiger Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren, die jede wirksame EU-Strategie konterkariert habe. Die **Steuerausfälle** infolge von Steuerbetrug belaufen sich Schätzungen zufolge auf **200 bis 250 Mrd. Euro**. Besonders beunruhigend sei der Mehrwertsteuerbetrug.

Ab 19:30 Uhr debattiert das Plenum über die **Situation in Georgien**. Zu Beginn wird der französische Außenminister **Bernard Kouchner** über die Ergebnisse des Gipfels der Staats- und Regierungschefs berichten, der sich mit der Lage in Georgien befasst. Am Mittwoch wird das EP über eine Resolution zu dem Thema abstimmen.

### Dienstag:

Am Dienstagmorgen um neun Uhr werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission die **erneuerte Sozialagenda** vorstellen. Laut Kommission steht die Agenda "für ein erneuertes Engagement für ein soziales Europa und basiert auf einem integrierten Ansatz, der verschiedene Politikfelder zusammenführt." Das Paket umfasst 19 Initiativen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales, Bildung und Jugend, Gesundheit, Informationsgesellschaft und Wirtschaft.

Um 15 Uhr wird der Ministerrat dem Plenum den **Gesamthaushaltsplan für 2009** vorlegen. In einer ersten Bewertung des Haushaltsvorentwurfs der EU-Kommission hat sich das EP am 8. Juli für einen "ehrgeizigeren und ausgewogeneren" Haushalt 2009 ausgesprochen.

Das EP wird in erster Lesung über die Reform des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation (einschließlich Mobil- und Festnetztelefonie, Rundfunk und Internet) debattieren. Das **Telekompaket soll die Rechte der Konsumenten und den Datenschutz verbessern sowie die Frequenzvergabe modernisieren**. Um zu garantieren, dass der neue Rechtsrahmen EU-weit einheitlich angewendet wird, soll ein neues Gremium der **Europäischen Regulierungsbehörden für Telekommunikation (BERT)** geschaffen werden. Die Abstimmung über das Telekompaket findet während der Sitzung vom 22.-25. September statt.

Am Abend debattiert das Plenum zwei Berichte des Frauenausschusses: In dem Bericht über die **"Gleichstellung von Frauen und Männern – 2008"** zeigt sich der Ausschuss besorgt über das fortbestehende

Lohngefälle zwischen Frauen und Männern: **Noch immer verdienen Frauen 15 % weniger als Männer**, seit 2000 haben sich die „ungleichen Arbeitsentgelte“ nur um 1% verringert. Der 22. Februar solle zum **"Internationalen Tag für gleiches Entgelt"** erklärt werden. Auch wird kritisiert, dass der Managerinnenanteil in Firmen und Hochschulen immer noch gering sei und die Zahl der Politikerinnen und Forscherinnen nur sehr langsam größer werde.

Daran anschließend geht es um die Auswirkungen von Marketing und Werbung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern. **Geschlechtsspezifische Diskriminierung in den Medien** ist nach Angaben des Frauenausschusses immer noch **weit verbreitet**. Unabhängig von Alter und Geschlecht seien wir täglich Fernsehprogrammen und Werbespots ausgesetzt. Daher sei es besonders wichtig, dass Fernsehwerbung **"ethisch oder rechtlich verbindlichen Regeln"** unterliege. Der Ausschuss fordert daher Aufklärungsaktionen und Bildungsprogramme, um stereotypen Vorstellungen den Garaus zumachen.

## Mittwoch:

Das Plenum wird über einen Kompromiss zur Übernahme des GHS-Systems (Globally Harmonised System of Classification and Labelling) in das EU-Recht abstimmen, der zwischen Vertretern des Parlaments und des Rates ausgehandelt wurde. Sollte das Plenum dem Vorschlag folgen, werden die internationalen Regeln zur **Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Chemikalien** demnächst auch in der EU gelten. Sie ähneln allerdings den bereits bestehenden EU-Regeln.

Im Anschluss daran geht es um einen Vorschlag der EU-Kommission, mit dem zum ersten Mal **harmonisierte technische Vorschriften für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb** erlassen werden sollen. In Erster Lesung wird das EP hierzu Stellung nehmen.

Im Rahmen einer **feierlichen Sitzung** wird um 12 Uhr der **Präsident Costa Ricas**, Oscar Arias Sanchez, zu den Abgeordneten sprechen.

Am Nachmittag debattiert das Plenum den Bericht des Auswärtigen Ausschusses über **EU-Sanktionen als Teil der EU-Menschenrechtspolitik**. Darin bedauern die Abgeordneten, dass die EU ihre Sanktionspolitik **oftmals "uneinheitlich"** angewandt und Drittländer selbst bei ähnlichen Praktiken im Hinblick auf Menschenrechte und Demokratie unterschiedlich behandelt hat. Auch betonen die Abgeordneten, dass die Wirksamkeit einer Sanktion die Fähigkeit der Europäischen Union voraussetze, sie **"dauerhaft aufrechtzuerhalten"**.

Die EU ist mit über 28 % der weltweiten Gesamtausfuhren der **weltweit größte Exporteur und Dienstleistungserbringer**. Der Ausschuss für internationalen Handel betont, dass somit ein großes Interesse an der **Erschließung neuer Märkte für Waren, Dienstleistungen und Investitionen** bestehe. Die EU-Kommission solle sich in ihren Handelsverhandlungen um die **schrittweise und gegenseitige Öffnung der Dienstleistungsmärkte** sowie strenge Regeln und Sanktionen zur Bekämpfung der Korruption und Monopole bemühen.

Ebenfalls am Mittwochabend stehen drei Berichte des Verkehrsausschusses auf der Tagesordnung:

1989 wurde der „Verhaltenskodex im Zusammenhang mit computergesteuerten Buchungssystemen“ eingeführt; damals wurden **Buchungen für Flüge vorwiegend über Computerreservierungssysteme** („CRS“) vorgenommen. Allerdings wird der Verhaltenskodex den Marktbedingungen immer weniger gerecht. Die EU-Kommission strebt deshalb eine erhebliche Vereinfachung des Verhaltenskodex und die **Intensivierung des Wettbewerbs** zwischen CRS-Anbietern an. In erster Lesung wird das EP nun hierzu Stellung nehmen.

Der Hafensektor hat in der EU "grundlegende Bedeutung", sowohl in wirtschaftlicher, handelspolitischer und sozialer als auch in umweltpolitischer und strategischer Hinsicht, so der Ausschuss. Die Abgeordneten betonen, dass die **EU-Hafenpolitik** darauf ausgerichtet sein müsse, die **Wettbewerbsfähigkeit des Seeverkehrs zu stärken und moderne Dienstleistungen auf hohem Niveau** zu erbringen. Sie müsse daher die Aspekte Sicherheit, schneller Service, geringe Kosten und Umweltschutz fördern.

Der Verkehrsausschuss fordert ein **nachhaltiges und effizientes Logistik- und Güterverkehrssystem**, das nicht nur zur Verbesserung der Wirtschaft und der Sicherheit führt, sondern auch den Zielen der EU in den Bereichen Klimawandel und Energieeinsparungen gerecht wird. Das "zeitaufwändige und energieintensive 'stop-and-go' im Güterverkehr" möchten die Abgeordneten durch **computergestützte Geschwindigkeitsanpassung** vermeiden. Auch **Straßenbenutzungsgebühren** seien "**überaus wichtig**".

**Donnerstag:**

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit äußert sich **kritisch zum EU-Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004–2010**. Dieser sehe ausschließlich begleitende Maßnahmen zur bestehenden Gemeinschaftspolitik vor und basiere nicht auf einer Politik der Prävention mit dem Ziel, Krankheiten zu reduzieren. Auch würden **keine klar definierten, quantifizierten Ziele** verfolgt.

## Inhaltsverzeichnis

Vorschau - Plenartagung vom 1. - 4. September 2008.....	1
Schwerpunkte.....	3
Inhaltsverzeichnis.....	6
Industrie.....	8
Parlament debattiert Telekompaket: Förderung neuer Technologien und verbesserte Verbraucherrechte.....	8
Gesundheitswesen.....	11
Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien .....	11
Freier Warenverkehr.....	13
EG-Typengenehmigung für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge.....	13
Verkehr.....	14
Europäische Hafenpolitik.....	14
Für ein nachhaltiges und effizientes Logistik- und Güterverkehrssystem.....	14
Mehr Wettbewerb bei Buchung von Flügen .....	15
Rechte der Frau/Chancengleichheit.....	18
22. Februar zum "Internationalen Tag für gleiches Entgelt" erklären.....	18
Werbung noch immer diskriminierend.....	19
Menschenrechte.....	21
EU-Sanktionspolitik im Bereich Menschenrechte .....	21
Umwelt.....	23
Zwischenbewertung des EU-Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004–2010.....	23
Mündliche Anfrage - Bodenschutz.....	24
Justizielle Zusammenarbeit.....	25
Engere Zusammenarbeit im Justizbereich.....	25
Mündliche Anfrage - Gemeinsamer Referenzrahmen für das Europäische Vertragsrecht .....	26
Wirtschaft und Währung.....	28
EU-Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs.....	28
Sozialpolitik.....	29
Erklärungen zum Sozialpaket .....	29
Visapolitik.....	30
Nutzung des Visa-Informationssystems.....	30
Außenbeziehungen.....	31
Rede des Präsidenten von Costa Rica.....	31
Außenhandel/internationaler Handel.....	32
Schrittweise und gegenseitige Öffnung der Dienstleistungsmärkte.....	32
Landwirtschaft.....	33
Mündliche Anfrage - Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung.....	33
Haushalt.....	34
Ministerrat präsentiert Entwurf für EU-Haushalt 2009 .....	34
Entwicklung und Zusammenarbeit.....	35
Erklärung Millenniumsentwicklungsziele .....	35

# Plenartagung

Entwurf der Tagesordnung für die Tagung.....	36
Codes der parlamentarischen Verfahren.....	39
Abkürzungen.....	39
Fraktionen.....	39
Fraktionen im Europäischen Parlament.....	40

## Industrie

### **Parlament debattiert Telekompaket: Förderung neuer Technologien und verbesserte Verbraucherrechte**

**A6-0316/2008** : Europäische Behörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation (DEL CASTILLO VERA)

**A6-0305/2008** : Gemeinsames Konzept für die Nutzung der durch die Digitalumstellung frei werdenden Frequenzen (TOIA)

**A6-0318/2008** : Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: Universaldienst und Nutzerrechte, Schutz der Privatsphäre und Verbraucherschutz (HARBOUR)

**A6-0321/2008** : Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (TRAUTMANN)

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung

Aussprache: Dienstag, 2.9.2008

Abstimmung: Plenarsitzung 22.-25.9.2008

**Pilar DEL CASTILLO VERA** (EVP-ED, ES)

**Patrizia TOIA** (ALDE, IT)

**Malcolm HARBOUR** (EVP-ED, GB)

**Catherine TRAUTMANN** (PSE, FR)

Berichtersteller

**Das EP wird in erster Lesung über die Reform des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation (einschließlich Mobil- und Festnetztelefonie, Rundfunk und Internet) debattieren. Das Telekompaket soll die Rechte der Konsumenten und den Datenschutz verbessern sowie die Frequenzvergabe modernisieren. Um zu garantieren, dass der neue Rechtsrahmen EU-weit einheitlich angewendet wird, soll ein neues Gremium der Europäischen Regulierungsbehörden für Telekommunikation (BERT) geschaffen werden.**

Die Abstimmung über das Telekom-Paket ist für die Plenarsitzung vom 22. bis 25. September geplant. Das Paket umfasst eine Richtlinie zu Verbraucher- und Datenschutz, eine Richtlinie über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten und eine Verordnung zur Errichtung eines neuen Gremiums europäischer Regulierungsbehörden.

#### **Besserer Zugang zur Notrufnummer 112 und Hotline für vermisste Kinder**

Anbieter von Telefondiensten müssen alle notwendigen Maßnahmen treffen, um zu gewährleisten, dass Notdienste von jedem Ort auf dem Gebiet der EU aus ununterbrochen gewährleistet werden, so der Binnenmarktausschuss in seinem Bericht zu Nutzerrechten. Darüber hinaus müssen kostenlos Angaben zum Anruferstandort übermittelt werden, sobald der Notruf die Notrufstelle erreicht. Die Mitgliedstaaten sollten behinderten Menschen einen gleichwertigen Zugang zu Notrufen und allen anderen elektronischen Kommunikationsdiensten zu erschwinglichen Preisen ermöglichen.

Der Ausschuss fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Bürger unter der Rufnummer „116000“ Zugang zu einer Hotline haben, bei der sie vermisste Kinder melden können.

## Klarere Information zu Vertragsbedingungen

Die Abgeordneten stellen klar, welche Informationen in einem Kundenvertrag enthalten sein müssen. So müssen Anbieter ihre potentiellen Kunden über Beschränkungen der Nutzung aufklären, wie z. B. über die Sperrung von Mobiltelefonen für SIM-Karten anderer Anbieter. Ein Vertrag muss laut Binnenmarktausschuss außerdem "in klarer, umfassender und leicht zugänglicher Form" u. a. folgende Informationen beinhalten:

- Einzelheiten über Preise und Tarife
- die bei Vertragskündigung anfallenden Gebühren, unabhängig davon, ob die Kündigung vor oder zum vereinbarten Vertragende erfolgt
- wie verlässlich der Zugang zu Notdiensten bereitgestellt und Angaben zum Anruferstandort übermittelt werden können
- Angaben darüber, ob der Anbieter den Zugang des Teilnehmers zu rechtmäßigen Inhalten beschränkt
- Informationen der nationalen Behörden über die Nutzung von Kommunikationsdiensten: zu unrechtmäßigen Handlungen (wie Verstößen gegen das Urheberrecht) oder der Verbreitung schädlicher Inhalte und zu den Möglichkeiten des Schutzes der persönlichen Sicherheit und Privatsphäre
- die Gebühren für die Übertragung von Rufnummern

Der Binnenmarktausschuss unterstützt den Vorschlag der Kommission, dass es in der Regel maximal einen Tag dauern sollte, die Rufnummer eines Verbrauchers zu übertragen, wenn dieser den Anbieter wechselt. Die Parlamentarier legen auch fest, dass die Laufzeit von Verträgen 24 Monate nicht übersteigen darf.

## Qualität von Diensten

Die überarbeitete Richtlinie berührt auch das Konzept der Netzneutralität, also der neutralen Übermittlung von Daten im Internet, unabhängig davon, woher diese stammen oder welche Anwendungen die Datenpakete generiert haben. Die Abgeordneten meinen, dass die nationalen Regulierungsbehörden Leitlinien mit Mindestanforderungen an die Dienstqualität veröffentlichen können und gegebenenfalls Maßnahmen treffen, um eine Verschlechterung der Dienste und eine Verlangsamung des Datenverkehrs zu verhindern. Die Behörden müssten dafür sorgen, "dass der Zugang der Nutzer zu bestimmten Arten von Inhalten oder Anwendungen nicht in unzumutbarer Weise beschränkt wird".

## Mehr Datenschutz

Der Bericht des Binnenmarktausschusses zu Nutzerrechten übernimmt Änderungsvorschläge aus einer Stellungnahme von Alexander ALVARO (FDP) vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, der für den Schutz der Privatsphäre zuständig ist. So sollten Anbieter bei Sicherheitsverletzungen zukünftig die nationalen Regulierungsbehörden informieren. Laut Kommissionsvorschlag sollten Anbieter betroffene Nutzer direkt benachrichtigen. Die Abgeordneten meinen jedoch, dass die Behörde vorerst die Schwere der Verletzung prüfen sollte und Nutzer nur bei ernststen Verletzungen informiert werden sollten.

Bisher gelten Internet-Protokoll-Adressen nur dann als personenbezogene Daten, wenn sie direkt mit einer Person in Verbindung gebracht werden können. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, besondere Rechtsvorschriften für die rechtliche Behandlung von Internet-Protokoll-Adressen als personenbezogene Daten im Rahmen des Datenschutzes vorzulegen.

## Modernisierung der Frequenzvergabe

Frequenzen sind die Grundlage für viele moderne Technologien und Dienste wie Internet, Mobiltelefonie, mobiles Fernsehen, Navigationssysteme, Flugsicherung etc. Bisher wurde jedem Dienst ein bestimmtes Frequenzband zugewiesen. Beispielsweise ist ein Großteil der Bandbreite im Bereich bis 1GHz für Rundfunk und Fernsehen reserviert. Die Digitalisierung ermöglicht jedoch die Übertragung von sechs bis acht Fernsehkanälen in der Bandbreite, die bisher ein analoger Kanal allein benötigte. Der Übergang zum digitalen Fernsehen bis 2012 wird daher viele Frequenzen freimachen, die in Zukunft für zusätzliche Fernsehprogramme, Breitbandinternet oder E-Government-Dienste verwendet werden könnten, so der Bericht von Pa-

trizia TOIA (ALDE, IT) zur so genannten "digitalen Dividende".

Der Bericht von Catherine TRAUTMANN (SPE, FR) über die Rahmenrichtlinie für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste unterstützt deshalb den Vorschlag der Kommission, die Neutralität der Kommunikationstechnologien und -dienste als verbindliche Prinzipien für die Frequenzvergabe einzuführen. Das heißt, im Einklang mit nationalen und internationalen Plänen für die Frequenzvergabe kann in Zukunft jede Anwendung in jedem Frequenzband angeboten werden.

Um sicherzustellen, dass drahtlose Dienste in Zukunft EU-weit kompatibel sind, sollten die Mitgliedstaaten untereinander und mit der Kommission bei der strategischen Planung und Harmonisierung der Funkfrequenznutzung zusammenarbeiten, so der Industrieausschuss. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, einen Legislativvorschlag für ein Aktionsprogramm „Frequenzspektrum“ vorzulegen.

## **Engere Zusammenarbeit bei Marktregulierung**

Der Industrieausschuss befürwortet außerdem den Vorschlag von Pilar DEL CASTILLO (EVP-ED, ES), ein neues Gremium der Europäischen Regulierungsbehörden für Telekommunikation (Body of European Regulators in Telecommunications - BERT) einzurichten, statt eine "Europäische Behörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation" zu schaffen, wie von der Kommission ursprünglich vorgeschlagen.

BERT soll aus einem Rat der 27 nationalen Regulierungsbehörden bestehen, der als unabhängiges Expertengremium Empfehlungen zu Regulierungsmaßnahmen gibt, damit der europäische Rechtsrahmen EU-weit einheitlich angewendet wird. Das Gremium soll zu einem Drittel aus EU-Mitteln und zu zwei Dritteln aus Zuwendungen nationaler Regierungsbehörden finanziert werden.

## **Trennung von Netzinfrastruktur und Diensten nur in Ausnahmefällen**

Die abgeänderte Rahmenrichtlinie führt zudem ein neues "Verfahren der Koregulierung" ein. Nationale Regulierer müssen demnach zukünftig die Kommission und BERT konsultieren, bevor sie Maßnahmen zur Marktregulierung ergreifen. Falls die Kommission und BERT glauben, dass die Maßnahme ein Hemmnis für den Binnenmarkt darstellen würde, können sie den nationalen Regulierer zu einer Änderung auffordern.

Laut der überarbeiteten Richtlinie zum Netzzugang kann ein nationaler Regulierer in Ausnahmefällen einen etablierten Betreiber dazu auffordern, seine Netzinfrastruktur von den Abteilungen zu trennen, die Dienste über diese Infrastruktur anbieten. Das Netz verbleibt jedoch im Eigentum des Betreibers. Sowohl die Kommission als auch BERT müssen bestätigen, dass keine andere Maßnahme wirksamen Wettbewerb erreichen konnte.

## **Investitionen in Glasfasernetze der neuen Generation fördern**

Um die Entwicklung von Glasfasernetzen der neuen Generation zu fördern, fordern die Abgeordneten des Industrieausschusses "geeignete Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze", um die Innovation bei neuen Internetdiensten zu unterstützen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

Außerdem sollten die nationalen Regulierungsbehörden "marktorientierte Investitionen und Innovationen für neue und gestärkte Infrastrukturen" unterstützen, so der Ausschuss. Nationale Regulierer sollten z. B. eine gemeinsame Nutzung von Investitionen fördern und eine angemessene Risikoteilung zwischen den Investoren und denjenigen Unternehmen gewährleisten, die diese neuen Einrichtungen nutzen.

## Gesundheitswesen

### Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien

**A6-0140/2008** : Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen

**A6-0142/2008** : Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (Anpassung der Richtlinien 76/768/EWG, 88/378/EWG, 1999/13/EG, 2000/53/EG, 2002/96/EG und 2004/24/EG)

**A6-0141/2008** : Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 648/2004)

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung  
Aussprache und Abstimmung: Mittwoch, 3.9.2008

**Amalia SARTORI** (EVP-ED, IT)  
Berichterstatte

**Das Plenum wird über einen Kompromiss zur Übernahme des GHS Systems in das EU-Recht abstimmen, der zwischen Vertretern des Parlaments und des Rates ausgehandelt wurde. Sollte das Plenum dem Vorschlag folgen, werden die internationalen Regeln zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Chemikalien demnächst auch in der EU gelten. Sie ähneln allerdings den bereits bestehenden EU Regeln.**

Das Ziel von GHS ist die internationale Harmonisierung bestehender Einstufungs- und Kennzeichnungssysteme aus unterschiedlichen Sektoren wie Transport, Verbraucher-, Arbeitnehmer- und Umweltschutz. GHS setzt damit Maßstäbe für die Bewertung der intrinsischen Eigenschaften von Chemikalien (Einstufung) und schafft eine gemeinsame Basis, wie deren entsprechende Gefahren zu kommunizieren sind (Kennzeichnung, beispielsweise mit Piktogrammen und Signalwörtern wie "Gefahr" oder "Warnung" sowie mit Gefahren- oder Sicherheitshinweisen).

#### **Ausgewogene Balance**

Die Abgeordneten sind grundsätzlich mit dem Kommissionsvorschlag einverstanden. Sie haben dennoch in den Verhandlungen einige Änderungen durchsetzen können, mit dem Ziel, eine ausgewogene Balance zwischen den Interessen der Verbraucher und der Umwelt und denen der Industrie zu gewährleisten. Unter anderem sollen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geringere Gebühren zahlen müssen, wenn sie einen Antrag auf vertrauliche Behandlung von Daten stellen. Wichtig war den Abgeordneten auch, dass die Harmonisierung der Kriterien für die Klassifizierung und Kennzeichnung von persistenten, bioakkumulierenden und toxischen Substanzen (PBT-Substanzen) auf UN-Ebene gefördert wird. Die Abgeordneten haben auch die Verpflichtung in die Verordnung aufgenommen, Tierversuche zu verringern und wollen, dass die Mitgliedstaaten so genannte Giftzentren einführen, die insbesondere bei Notfällen Informationen erhalten, um die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können.

Der Geltungsbereich der vorgeschlagenen GHS-Verordnung ist nahezu identisch mit dem der EU Stoff- und Zubereitungsrichtlinie. Sie wird u. a. festlegen:

- welche Einstufungs-, Verpackungs- und Kennzeichnungspflichten Lieferanten vor dem Inverkehrbringen von Stoffen und Gemischen zu erfüllen haben,

- nach welchen Kriterien Stoffe und Gemische einzustufen sind,
- wie Stoffe und Gemische, die die Kriterien der Einstufung erfüllen, zu verpacken und zu kennzeichnen sind und
- für welche Gemische gesonderte Kennzeichnungen vorgesehen sind.

## Neue Gefahrensymbole

Das GHS sieht zum Teil völlig neue Kennzeichnungselemente vor. Neue Gefahrensymbole bzw. Gefahrenpiktogramme lösen die bis dato gültigen Symbole ab. Außerdem gibt es zum Teil neue Einstufungskriterien und Grenzwerte.

Die neuen Piktogramme haben die Form einer rotumrandeten Raute mit schwarzem Piktogramm auf weißem Grund und warnen bildhaft vor den Gefahren. Die derzeit gültigen Symbole (orange-gelber Grund) werden ab Zeitpunkt der Einführung der neuen Symbole durch diese ersetzt. Für Stoffe wird die neue GHS-Kennzeichnung ab dem 1.12.2010 verbindlich, für Gemische ab dem 1.06.2015. Bis dahin müssen Sicherheitsdatenblätter die Einstufung nach altem und neuem System vornehmen. Zusätzlich zu den Piktogrammen wird mit einem von zwei möglichen Signalwörtern der Gefährdungsgrad beschrieben: "Gefahr" oder "Warnung".

## Freier Warenverkehr

### EG-Typgenehmigung für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge

**A6-0201/2008** : Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung  
Aussprache und Abstimmung: Mittwoch, 3.9.2008

**Anja WEISGERBER** (EVP-ED, DE)  
Berichterstatte

**Die EU-Kommission hat einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, mit dem zum ersten Mal harmonisierte technische Vorschriften für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb erlassen werden sollen. In Erster Lesung wird das EP hierzu nun Stellung nehmen.**

Für die Berichterstatterin des EP, Anja Weisgerber (CSU), ist die Einführung von EU weiten Genehmigungskriterien für Wasserstofffahrzeuge notwendig, um das Funktionieren des Binnenmarktes und gleichzeitig ein hohes Sicherheits- und Umweltschutzniveau zu gewährleisten. Da wasserstoffbetriebene Fahrzeuge derzeit nicht in das EG-Typgenehmigungssystem einbezogen sind, können die Mitgliedstaaten Einzelgenehmigungen erteilen. Bei dieser Genehmigungspraxis besteht die Gefahr, dass jeder Mitgliedstaat seine eigenen Genehmigungsbedingungen aufstellt und der Binnenmarkt gestört wird. Dies würde zu hohen Kosten für die Hersteller und zu Risiken für die Sicherheit führen und zugleich ein erhebliches Hemmnis für die Verbreitung der Wasserstofftechnik in der EU darstellen. Zudem sei der Vorschlag ein "wichtiger Schritt hin zu alternativen Kraftstoffen im Verkehrsbereich."

Trotz kritischer Stimmen, die Zweifel am umweltpolitischen Nutzen von Wasserstoff äußern, da Wasserstoff ein Energieträger, aber keine Energiequelle ist, stellt Wasserstoff für Weisgerber gerade im Verkehrsbereich eine "interessante Option" dar.

#### **Auch Motorräder einbeziehen**

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz unterstützt grundsätzlich den Vorschlag der Kommission, dehnt jedoch den Anwendungsbereich auf Motorräder aus. Diese seien Erstanwender von Wasserstoff als Kraftstoff, so dass sie von der Verordnung mit erfasst werden müssten.

#### **Europaweites Tankstellennetz**

Darüber hinaus machen die Abgeordneten deutlich, dass Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb auf dem Markt nur dann erfolgreich sein können, wenn eine ausreichende Tankstelleninfrastruktur in Europa vorhanden ist. Die EU-Kommission sollte daher geeignete Maßnahmen prüfen, um den Aufbau eines europaweiten Tankstellennetzes für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge zu unterstützen.

#### **Mit reinem Wasserstoff**

Schließlich betont der Ausschuss, dass wasserstoffbetriebene Fahrzeuge in Zukunft Fahrzeuge sein sollten, die mit reinem Wasserstoff, der möglichst aus erneuerbaren Energien hergestellt wird, angetrieben werden. Fahrzeuge, die als Antrieb Gemische aus Wasserstoff und Erdgas/Biomethan benutzen, dürften nur eine Übergangstechnologie darstellen.

## Verkehr

### Europäische Hafenspolitik

**A6-0308/2008** : Eine europäische Hafenspolitik

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache: Mittwoch, 3.9.2008

Abstimmung: Donnerstag, 4.9.2008

**Josu ORTUONDO LARREA** (ALDE, ES)

Berichterstatler

**Der Hafensektor hat in der EU "grundlegende Bedeutung", sowohl in wirtschaftlicher, handelspolitischer, sozialer als auch in umweltpolitischer und strategischer Sicht, so der Verkehrsausschuss. Die Abgeordneten betonen, dass die EU-Hafenspolitik darauf ausgerichtet sein müsse, die Wettbewerbsfähigkeit des Seeverkehrs zu stärken und moderne Dienstleistungen auf hohem Niveau zu erbringen. Sie müsse daher die Aspekte Sicherheit, schneller Service, geringe Kosten und Umweltschutz fördern.**

Der Verkehrsausschuss begrüßt die Mitteilung der EU-Kommission über eine europäische Hafenspolitik, insbesondere die Tatsache, dass die Kommission den Schwerpunkt auf unverbindliche Maßnahmen („soft law“), wie etwa die Veröffentlichung von Leitlinien und die Beseitigung administrativer Hindernisse, legt. Ebenso befürworten die Abgeordneten die Absicht der Kommission, Leitlinien zur Anwendung der Umweltauflagen der Gemeinschaft auf die Entwicklung von Häfen und ihrer Infrastrukturen zu veröffentlichen, die vor allem dem Schutz der Meeresumwelt und der Gebiete rund um die Häfen dienen sollen. Diese Leitlinien müssten vor Ende 2008 veröffentlicht werden.

#### Zusammenarbeit fördern

Darüber hinaus müsse die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Häfen gefördert werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen benachbarten Hafenregionen sei eine Notwendigkeit. Der Verkehrsausschuss begrüßt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der EU-Kommission, eine Bestandsaufnahme der Engpässe, die in den EU-Häfen und in den Häfen der EU-Nachbarstaaten existieren, durchzuführen.

Da die Verbindung mit dem Hinterland eines Hafens von sehr großer Bedeutung für seinen wirtschaftlichen Erfolg ist, müsse zudem die Einrichtung von Vernetzungen der Häfen mit den Logistikplattformen des Binnenlandes sowie mit den „Trockenhäfen“ forciert werden, so die Abgeordneten.

Schließlich müsse die Kommission erneut die Frage der Sicherheit von Häfen prüfen und dabei die steigenden Kosten mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Häfen einbeziehen.

### Für ein nachhaltiges und effizientes Logistik- und Güterverkehrssystem

**A6-0326/2008** : Güterverkehr in Europa

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache: Mittwoch, 3.9.2008

Abstimmung: Donnerstag, 4.9.2008

**Michael CRAMER** (GRÜNE/FEA, DE)

Berichterstatter

**Der Verkehrsausschuss fordert ein nachhaltiges und effizientes Logistik- und Güterverkehrssystem, das nicht nur zur Verbesserung der Wirtschaft und der Sicherheit führt, sondern auch den Zielen der EU in den Bereichen Klimawandel und Energieeinsparungen gerecht wird. Das "zeitaufwändige und energieintensive 'stop-and-go' im Güterverkehr" möchten die Abgeordneten durch computergestützte Geschwindigkeitsanpassung vermeiden. Auch Straßenbenutzungsgebühren seien "überaus wichtig".**

In dem von Michael CRAMER (Grüne) ausgearbeiteten Bericht ermutigt der Verkehrsausschuss Kommission, Mitgliedstaaten und Industrie, künftig eine für die Mobilität, die Umwelt, das Klima, die Wirtschaft, die Sicherheit und die sozialen Interessen nachhaltigere Güterverkehrspolitik zu unterstützen. Die Abgeordneten sprechen sich u.a. für die "schrittweise Integration von vorrangigen grenzüberschreitenden Schienengüterkorridoren, von Knotenpunkten und von konventionellen Netzen" aus.

Ein nachhaltiger und effizienter Güterverkehr in Europa spiele eine wesentliche Rolle im Hinblick auf eine erfolgreiche und wettbewerbsfähige Wirtschaft und sei von großer Bedeutung, um die Ansprüche der Verbraucher zu erfüllen und eine große Zahl an Arbeitsplätzen und ein hohes Wohlstandsniveau für die europäischen Bürger zu schaffen.

Die Abgeordneten erinnern daran, dass der Verkehrssektor für knapp 30 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU - in den Städten sogar für 40 % - verantwortlich zeichne. Trotz der Bemühungen um Verbesserungen bei Technologie und Innovation sei er zwischen 1990 und 2005 um 26 % gestiegen, während die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den anderen Sektoren mit Investitionen, "die Milliarden von Euro gekostet haben," um 10 % gesenkt werden konnten. Für den Güterverkehr wird eine 50-prozentige Steigerung (in Tonnenkilometern) zwischen 2000 und 2020 vorausgesagt.

**„Grüne Korridore“**

Der Verkehrsausschuss erwartet, dass die Kommission die „grünen Korridore“ als Musterprojekte für die Mobilität und die Verknüpfung von Verkehrsträgern definiert. Hierbei gehe es um die Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger, die Reduzierung von Unfällen, Staus, Lärm, lokaler Giftstoffverschmutzung und sonstiger Verschmutzung, CO<sub>2</sub>-Emissionen, Landschafts- und Energieverbrauch sowie die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energiequellen (insbesondere von Wind- und Solarenergie).

**Computergestützte Geschwindigkeitsanpassung und Straßenbenutzungsgebühren**

Das "zeitaufwändige und energieintensive 'stop-and-go' im Güterverkehr" möchten die Abgeordneten durch computergestützte Geschwindigkeitsanpassung vermeiden. Darüber hinaus seien interoperable Straßenbenutzungsgebühren für einen effizienten Güterverkehr in Europa "überaus wichtig".

## Mehr Wettbewerb bei Buchung von Flügen

**A6-0248/2008** : Verhaltenskodex in Bezug auf Computerreservierungssysteme

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung

Aussprache: Mittwoch, 3.9.2008

Abstimmung: Donnerstag, 4.9.2008

**Timothy KIRKHOPE** (EVP-ED, GB)

Berichterstatter

**1989 wurde der „Verhaltenskodex im Zusammenhang mit computergesteuerten Buchungssystemen“ eingeführt; damals wurden Buchungen vorwiegend über Computerreservierungssysteme („CRS“) vorgenommen. Allerdings wird der Verhaltenskodex den Marktbedingungen immer weniger gerecht. Die EU-Kommission strebt deshalb eine erhebliche Vereinfachung des Verhaltenskodex und die Intensivierung des Wettbewerbs zwischen CRS-Anbietern an. In erster Lesung wird das EP nun hierzu Stellung nehmen.**

Das Hauptziel des Vorschlags der EU-Kommission besteht darin, Luftfahrtunternehmen und CRS zu ermöglichen, frei über die Vertriebsbedingungen von Luftfahrtdiensten zu verhandeln. Die Systeme sollten bezogen auf Preis und Qualität der Dienste im Wettbewerb stehen.

Derzeit wird der jährliche Marktumsatz der CRS anbietenden Unternehmen auf etwa 8 Milliarden EURO geschätzt, während der europäische Geschäftsreisenmarkt 2005 auf 88,2 Milliarden \$ geschätzt wurde, und erwartet wird, dass er in den kommenden 3 Jahren um 11 % anwächst. Ungefähr 40 % aller Flugscheine in der EU werden über alternative Vertriebswege gebucht, ca. 60 % über Reisebüros und CRS.

## **Buchungsgebühren auf unnötig hohem Niveau**

Die EU-Kommission argumentiert, dass mangels Wettbewerb die Buchungsgebühren auf einem unnötig hohen Niveau bleiben. Deshalb neigen die Luftfahrtunternehmen dazu, einen wachsenden Anteil ihrer Flugscheine über alternative Vertriebswege wie ihre Websites abzusetzen, die kostengünstiger und technisch flexibler sind.

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, der britische Abgeordnete Timothy KIRKHOPE (EVP-ED) ist der Auffassung, dass das Ziel, den Luftfahrtunternehmen und den CRS zu gestatten, Inhalt und Tarife auszuhandeln, "ein gutes Ziel" ist. Derzeit führe der fehlende Wettbewerb zu höheren CRS-Buchungsgebühren. Nach der Änderung müssten die CRS ausgehend von niedrigeren Buchungsgebühren und einer besseren Qualität der Dienste untereinander aggressiver um die Beteiligung von Luftfahrtunternehmen konkurrieren.

## **Transparente und vergleichbare Wettbewerbsbedingungen**

Wichtig ist den Abgeordneten, dass transparente und vergleichbare Wettbewerbsbedingungen gewährleistet werden. Mutterunternehmen sollen deshalb besonderen Regelungen unterliegen, wenn sie sich als Kapitalinvestoren an einem CRS beteiligen.

## **Preise müssen alle Tarife und Steuern umfassen**

Werden Preise auf einer Hauptanzeige dargestellt und/oder wird eine Reihenfolge nach Maßgabe der Preise erstellt, so umfassen die Preise alle Tarife und sämtliche anfallenden Steuern, Gebühren, Aufschläge und Entgelte, die dem Luftfahrt- oder Schienenverkehrsunternehmen zu zahlen sind und die unvermeidlich und zum Zeitpunkt ihrer Darstellung auf der Anzeige absehbar sind. Auf diese Weise möchte der Verkehrsausschuss größtmögliche Preistransparenz herstellen.

## **Bei kurzen Flügen alternative Bahnverkehrsdienste anzeigen**

Für geringe Entfernungen sollten verfügbare alternative Bahnverkehrsdienste auch auf dem ersten Bildschirm angezeigt werden, um umweltfreundlichere Verkehrsträger zu fördern, so der Ausschuss. Werden Reiseoptionen für einen Zielort zusammen mit Anschlussflügen angeboten, sollte es möglich sein, auf der Hauptanzeige gegebenenfalls die beste Option mit Linienflügen und Bahnverkehrsdiensten darzustellen.

Die Abgeordneten haben daher eine Änderung am Text der Kommission angenommen, die vorsieht, dass bei einer bei einer Reihenfolge der Reiseoptionen für alle Flüge mit einer Flugzeit von bis zu 90 Minuten die besten alternativen Bahnverkehrsdienste, einschließlich der Zubringerdienste, auf dem ersten Schirm der Hauptanzeige dargestellt werden.

## **Informationen über CO2-Emissionen und Treibstoffverbrauch**

# Plenartagung

Die CRS sollten künftig leicht verständliche Informationen über CO<sub>2</sub>-Emissionen und Treibstoffverbrauch des Fluges enthalten, so die Abgeordneten. Diese könnten den durchschnittlichen Treibstoffverbrauch pro Person/Liter/100 km und die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Person/g/km aufzeigen und für Fahrzeiten unter 5 Stunden mit der besten alternativen Bahn-/Bus -Verbindung verglichen werden.

Der Verkehrsausschuss spricht sich des Weiteren dafür aus, dass Informationen über Busdienste für Luftverkehrsprodukte oder Schienenverkehrsdienste, die mit Luftverkehrsprodukten verknüpft sind, künftig in die Hauptanzeige eines CRS aufgenommen werden.

## Rechte der Frau/Chancengleichheit

### 22. Februar zum "Internationalen Tag für gleiches Entgelt" erklären

**A6-0325/2008** : Gleichstellung von Frauen und Männern – 2008

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache: Dienstag, 2.9.2008

Abstimmung: Mittwoch, 3.9.2008

**Iratxe GARCÍA PÉREZ** (SPE, ES)

Berichterstatler

**Der Frauenausschuss zeigt sich besorgt über das fortbestehende Lohngefälle zwischen Frauen und Männern: Noch immer verdienen Frauen 15% weniger als Männer, seit 2000 haben sich die „ungleichen Arbeitsentgelte“ nur um 1% verringert. Der 22. Februar solle zum "Internationalen Tag für gleiches Entgelt" erklärt werden. Auch wird kritisiert, dass der Managerinnenanteil in Firmen und Hochschulen immer noch gering ist und die Zahl der Politikerinnen oder Forscherinnen nur sehr langsam größer werde.**

In seinem Bericht „über die Gleichstellung von Frauen und Männern – 2008“ dringt der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter auf „neue Maßnahmen oder neue Ansätze“, um das Problem der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern zu bekämpfen. Die Abgeordneten fordern in diesem Zusammenhang, den 22. Februar zum "Internationalen Tag für gleiches Entgelt" zu erklären. Darüber hinaus würden Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, was dazu führt, dass sie weniger eigene Rentenansprüche und andere Sozialleistungen sammeln, vor allem in Systemen, in denen der Anspruch überwiegend an eigene Beschäftigungsjahre oder Verdienst gebunden ist.

#### **Feminisierung der Armut**

Die Abgeordneten machen auf die „Feminisierung der Armut“ in einer Zeit aufmerksam, wo Frauen, vor allem ältere Frauen und allein erziehende Mütter, der Gefahr von Ausgrenzung und Armut ausgesetzt sind. Die Gefahr zu verarmen sei für Frauen größer als für Männer, vor allem jenseits der 65-Jahre-Grenze (21 % und damit 5 Prozentpunkte mehr als bei Männern) EU-Kommission und Mitgliedstaaten müssten Maßnahmen ausarbeiten, um diese Tendenz abzuwenden.

#### **Gewalt gegen Frauen bekämpfen**

Große Bedeutung misst der Frauenausschuss der Bedeutung der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen für die Erreichung der Gleichstellung von Frauen und Männern bei. Er fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission daher auf, in diesem Bereich gemeinsam tätig zu werden. Nötig sei es, eine „klare Rechtsgrundlage“ für die Bekämpfung jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen, einschließlich des Frauenhandels, zu schaffen und über die „vollständige Vergemeinschaftung“ politischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie die damit zusammenhängenden Themen Einwanderung und Asyl zu entscheiden, insbesondere über ein Recht auf Asyl aufgrund von geschlechtsbedingter Unterdrückung und Verfolgung.

#### **Positive Auswirkungen von Quoten**

Die Abgeordneten betonen, dass die Präsenz von Frauen in Entscheidungsgremien ein „entscheidender Indikator“ für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist. Sie unterstreichen, dass der Managerinnenanteil in Firmen und Hochschulen immer noch gering ist und die Zahl der Politikerinnen oder Forscherinnen nur sehr langsam größer wird. Die Präsenz von Frauen in Entscheidungsgremien auf lokaler, nationaler und

EU-Ebene insgesamt sei „unzureichend“. Der Ausschuss weist in diesem Zusammenhang auf die „positiven Auswirkungen der Praxis von Quoten auf die Vertretung von Frauen hin“.

## **Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben erleichtern**

Schließlich fordert der Ausschuss, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu erleichtern. Die Beschäftigungsquote für Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern liege lediglich bei 62,4 %, bei Männern hingegen bei 91,4 %. Des Weiteren sei die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt immer noch weitgehend von einem hohen, wachsenden Anteil von Teilzeitarbeitskräften gekennzeichnet, (2007 Frauen 31,4 %, Männer 7,8 %); 76,5% aller Teilzeitarbeitenden seien Frauen. Zudem würden Frauen auch häufiger mit befristeten Arbeitsverträgen eingestellt (15,1 %, d. h. 1 Prozentpunkt mehr als bei Männern) und seien mit 4,5 % nach wie vor deutlich häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind als Männer (3,5 %).

## **Werbung noch immer diskriminierend**

**A6-0199/2008** : Auswirkungen von Marketing und Werbung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache: Dienstag, 2.9.2008

Abstimmung: Mittwoch, 3.9.2008

**Eva-Britt SVENSSON** (GRÜNE/FEA, SE)

Berichterstatter

**Geschlechtsspezifische Diskriminierung in den Medien ist nach Angaben des Frauenausschusses immer noch weit verbreitet. Unabhängig von Alter und Geschlecht seien wir täglichen Fernsehprogrammen und Werbespots ausgesetzt. Daher sei es besonders wichtig, dass Fernsehwerbung "ethisch oder rechtlich verbindlichen Regeln" unterliege. Der Ausschuss fordert daher Aufklärungsaktionen und Bildungsprogramme, um stereotypen Vorstellungen den Garaus zu machen.**

Durch die Geschlechterstereotypisierung in der Werbung würden Frauen, Männer, Mädchen und Jungen "quasi in eine Zwangsjacke gesteckt". Individuen würden auf vorher festgelegte und künstliche Rollen reduziert, die häufig für beide Geschlechter "entwürdigend, erniedrigend und entmündigend" seien. Werbung verstärke diese negativen Auswirkungen, da die Botschaft ständig wiederholt und reproduziert werde. In dem von Eva-Britt SVENSSON (GRÜNE/FEA, SE) verfassten Bericht wird betont, dass die Rechtsvorschriften vieler Mitgliedstaaten nicht ausreichen und die für die Werbebranche geltenden nationalen Kodices der Berufspflichten nicht respektiert werden oder gar nicht erst vorhanden sind.

### **Aufklärungsaktionen zur "Null Toleranz"**

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter fordert die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten auf, Aufklärungsaktionen zur "Null Toleranz" bei sexistischen Beleidigungen oder entwürdigenden Bildern von Frauen in den Medien EU-weit zu konzipieren.

### **Nationale Medienüberwachungsgremien**

Die Abgeordneten verlangen auch nationale Medienüberwachungsgremien mit einer spezifischen Abteilung für die Gleichstellung der Geschlechter und dem entsprechenden Fachwissen einzurichten, um Beschwerden aus der Öffentlichkeit entgegenzunehmen. Außerdem fordern sie die Frage "Frauen in den Medien" zu untersuchen und darüber zu berichten. Außerdem soll eine regelmäßige und systematische Überwachung von Geschlechterbildern in Medieninhalten durchgeführt werden.

### **Unwürdige Stereotype beseitigen**

Inbesondere sei es notwendig, Botschaften, die die menschliche Würde verletzen und Geschlechterstereotype aus Lehrbüchern, Spielzeug, Videos und Computerspielen und Internet vermitteln, zu beseitigen. Des Weiteren werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten, dass Marketing und Werbung die Achtung der menschlichen Würde garantieren. Außerdem sollen Diskriminierungen oder irgendeine Aufstachelung zum Hass aus Gründen des Geschlechts, der rassischen oder ethnischen Herkunft etc. unterbunden werden.

## **Bildungsprogramme für Geschlechtergleichstellung**

Schließlich werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Bildungsinitiativen zu konzipieren und in die Wege zu leiten, die im "Geiste der Toleranz" entwickelt wurden und die alle Formen von Stereotypisierung, die die Beziehungen zwischen Männern und Frauen deutlich verschlechtern, unterlassen, um "die Kultur der Geschlechtergleichstellung" mit Hilfe von geeigneten Bildungsprogrammen zu fördern.

## Menschenrechte

### EU-Sanktionspolitik im Bereich Menschenrechte

**A6-0309/2008** : Evaluierung der EU-Sanktionen als Teil der Aktionen und Maßnahmen der EU im Bereich der Menschenrechte

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache: Mittwoch, 3.9.2008

Abstimmung: Donnerstag, 4.9.2008

**Hélène FLAUTRE** (GRÜNE/FEA, FR)

Berichtersteller

**In seinem Bericht über EU-Sanktionen als Teil der EU-Menschenrechtspolitik bedauert der Auswärtige Ausschuss, dass die EU ihre Sanktionspolitik oftmals "uneinheitlich" angewandt und Drittländer selbst bei ähnlichen Praktiken im Hinblick auf Menschenrechte und Demokratie unterschiedlich behandelt hat. Auch betonen die Abgeordneten, dass die Wirksamkeit einer Sanktion die Fähigkeit der EU voraussetze, sie "dauerhaft aufrechtzuerhalten".**

Die Abgeordneten bedauern, dass bislang weder eine Bewertung noch eine Untersuchung der Auswirkungen der Sanktionspolitik der EU vorgenommen wurde und es daher außerordentlich schwierig ist, die Auswirkungen und die Wirksamkeit dieser Politik vor Ort zu beurteilen und Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Ministerrat und EU-Kommission müssten eine solche Evaluierung vornehmen. Das grundlegende Kriterium für diese Evaluierung müsse die Erzielung dauerhafter Ergebnisse sein. Beispielsweise habe sich die gegen Südafrika angewandte Sanktionspolitik durch ihren Beitrag zur Beendigung der Apartheid als wirksam erwiesen.

#### **Schädigung der Umwelt eine "schwere Menschenrechtsverletzung"**

Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten ist der Auffassung, dass "jede absichtliche und irreversible Schädigung der Umwelt" eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit sowie eine schwere Menschenrechtsverletzung darstellt. Daher müsse jede absichtliche und irreversible Schädigung der Umwelt als einen Grund für die Anwendung von Sanktionen betrachtet werden.

#### **Mit „zweierlei Maß“**

Die Sanktionsinstrumente der EU müssten "flexibel und gemäß den Erfordernissen des jeweiligen Einzelfalls" eingesetzt werden, verlangen die Abgeordneten. Bedauerlich sei, dass die EU ihre Sanktionspolitik oftmals "uneinheitlich" angewandt und Drittländer selbst bei ähnlichen Praktiken im Hinblick auf Menschenrechte und Demokratie unterschiedlich behandelt hat, was ihr die Kritik einbrachte, mit „zweierlei Maß“ zu messen.

Der Ausschuss betont, dass Wirksamkeit einer Sanktion die Fähigkeit der Europäischen Union voraussetze, sie "dauerhaft aufrechtzuerhalten" und bedauert in diesem Zusammenhang den Gebrauch von Klauseln wie der „Sunset-Klauseln“, die automatisch wieder aufgehoben werden.

#### **Wirksamkeit "intelligenter" Sanktionen**

Die Abgeordneten anerkennen das starke humanitäre Engagement der EU, das zur Aufgabe allgemeiner wirtschaftlicher Sanktionen wie im Fall des Irak und zur Verhängung gezielter „intelligenter“ Sanktionen geführt habe. Mit diesen intelligenten Sanktionen soll die größtmögliche Wirkung auf diejenigen erzielt werden, deren Verhalten es zu beeinflussen gilt, während die negativen humanitären Auswirkungen sowie Folgen für Personen, gegen die sie sich nicht richten, oder für Nachbarländer so gering wie möglich gehalten werden sollen.

#### **Schwarze Listen**

# Plenartagung

Schließlich fordert der Auswärtige Ausschuss Ministerrat und EU-Kommission auf, das bestehende Verfahren zur Aufnahme in Schwarze Listen bzw. zur Streichung aus diesen Listen zu unterstützen, um die Menschenrechte der EU-Bürger, vor allem das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, zu achten. Zudem müssten sich die EU-Mitgliedstaaten für eine solche Überprüfung im Rahmen der Mechanismen der Vereinten Nationen einsetzen um sicherzustellen, dass bei der Anwendung gezielter Sanktionen zur Bekämpfung des Terrorismus die Grundrechte geachtet werden.

## Umwelt

### Zwischenbewertung des EU-Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004–2010

**A6-0260/2008** : Zwischenbewertung des Europäischen Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004-2010

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache und Abstimmung: Donnerstag, 4.9.2008

**Frédérique RIES** (ALDE, BE)

Berichtersteller

**Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit äußert sich kritisch zum EU-Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004–2010. Dieser sehe ausschließlich begleitende Maßnahmen zur bestehenden Gemeinschaftspolitik vor und basiere nicht auf einer Politik der Prävention mit dem Ziel, Krankheiten zu reduzieren. Auch würden keine klar definierten, quantifizierten Ziele verfolgt.**

Die Abgeordneten argumentieren, dass es wegen des Fehlens von klar formulierten Zielen kaum möglich sei, eine vorläufige Bilanz des Aktionsplans Umwelt und Gesundheit zu ziehen. Auch könne das zur Verfügung stehende Gesamtbudget weiterhin nur schwer festgelegt werden und reiche für das effiziente Voranbringen des Plans mit Sicherheit nicht aus.

#### **Umweltverschmutzung und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit**

Laut Umweltausschuss mehrten sich die wissenschaftlichen Hinweise darauf, dass bestimmte Krebserkrankungen wie Blasen-, Knochen-, Lungen-, Haut-, Brustkrebs und andere, auf die Einwirkung von chemischen Substanzen, Strahlung und Partikeln, die sich in der Luft befinden, sowie auf andere Umwelteinflüsse zurückzuführen sind.

Zudem würden Atemwegserkrankungen immer häufiger auftreten, hauptsächlich aufgrund von Luftverschmutzung im Freien und in Innenräumen.

Bis 2010 müssten zwei grundlegende Ziele angestrebt werden: einerseits beim Bürger ein Bewusstsein für die Umweltverschmutzung und ihre Auswirkungen auf die Gesundheit zu schaffen und andererseits die europäische Politik der Risikoeindämmung zu überarbeiten und anzupassen.

Bei der Abschätzung der Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Gesundheit müssten vor allem besonders gefährdete Personengruppen wie Schwangere, Neugeborene, Kinder und ältere Menschen berücksichtigt werden.

#### **Gewährleistung der Luftqualität in Innenräumen**

Angesichts der Tatsache, dass europäische Bürger im Durchschnitt 90 % ihrer Zeit im Inneren von Gebäuden verbringen, müsse die EU mehr in Bezug auf die umweltmedizinischen Bedingungen in Städten, insbesondere die Luftqualität in Innenräumen, und gegen die Umweltbelastung in Haushalten unternehmen, verlangt der Ausschuss.

Die Kommission müsse möglichst bald gezielte Maßnahmen zur Gewährleistung der Luftqualität in Innenräumen vorschlagen. Nötig sei es, die Sicherheit und die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Innenräumen auf hohem Niveau sicherzustellen, und Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden sowie für die Sicherheit und die Unschädlichkeit von chemischen Stoffen als Bestandteile von Ausstattungsgegenständen und Möbeln vorzuschlagen.

#### **Gesundheitsgefährdung durch elektromagnetische Felder**

Schließlich verweisen die Abgeordneten auf den internationalen Bericht von „Bio-Initiative“ über elektromagnetische Felder, in dem mehr als 1500 Studien zu diesem Thema zusammengefasst werden, und der die

Gesundheitsgefährdung durch die von Mobiltelefonen, Funk-Standards wie UMTS, Wifi, Wimax und Bluetooth und dem Schnurlostelefon „DECT“ mit fester Basisstation verursachten Emissionen des Mobiltelefonverkehrs verdeutlicht.

Der Ausschuss stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die Grenzwerte für die Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern "nicht mehr aktuell" sind, da sie seit 1999 zur Begrenzung der Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern (0 Hz bis 300 GHz) nicht mehr angepasst wurden. Sie trügen damit weder den Entwicklungen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien noch den von der Europäischen Umweltagentur ausgesprochenen Empfehlungen noch den strengeren Emissionsnormen, die z. B. von Belgien, Italien oder Österreich festgelegt wurden, Rechnung. Auch würden sie dem Problem besonders schutzbedürftiger Gruppen, wie Schwangerer, Neugeborener und Kinder, nicht gerecht.

## Mündliche Anfrage - Bodenschutz

Verfahren: Mündliche Anfrage

Donnerstag, 4.9.2008

**Der Rat wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema "Bodenschutz".**

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Fortschritte im Rat in Bezug auf die Rahmenrichtlinie für den Bodenschutz

Das Europäische Parlament hat seine Stellungnahme zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für den Bodenschutz und zur Änderung der Richtlinie 2004/35/EG(1) in erster Lesung am 14. November 2007 angenommen (P6\_TA(2007)0509; Berichterstatteerin: Cristina Gutiérrez-Cortines). Bisher ist unklar, wann der Rat seinen Gemeinsamen Standpunkt festlegen und dem Europäischen Parlament übermitteln kann.

Welche Fortschritte sind diesbezüglich beim Rat zu verzeichnen, seit das Europäische Parlament seine Stellungnahme in erster Lesung angenommen hat, und wann wird der Rat nach der derzeitigen Planung seinen Gemeinsamen Standpunkt voraussichtlich an das Europäische Parlament übermitteln können?"

## Justizielle Zusammenarbeit

### Engere Zusammenarbeit im Justizbereich

**A6-0292/2008** : Europäisches Justizielles Netz (KAUFMANN)

**A6-0293/2008** : Stärkung von Eurojust und Änderung des Beschlusses 2002/187/JI (WEBER)

**A6-0285/2008** : Gegenseitige Anerkennung von Abwesenheitsurteilen in Strafsachen (FRANCA)

Verfahren: Konsultationsverfahren

Aussprache: Montag, 1.9.2008

Abstimmung: Dienstag, 2.9.2008

**Sylvia-Yvonne KAUFMANN** (GRÜNE/FEA, DE)

**Manfred WEBER** (EVP-ED, DE)

**Armando FRANÇA** (SPE, PT)

Berichterstatter

**Das Plenum wird am Montag drei Berichte debattieren, die sich mit der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen in Strafsachen, mit der Stärkung der Einheit für justizielle Zusammenarbeit der EU (EUROJUST) sowie mit dem Europäischen Justiziellen Netz befassen. Die Abstimmung findet am Dienstag statt.**

#### **Anerkennung von Urteilen in Strafsachen (Bericht Armando França, SPE, PT)**

Die Vollstreckung einer Entscheidung einer Justizbehörde eines Mitgliedstaates durch eine Justizbehörde eines anderen Mitgliedstaates beruht auf der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung. Jedoch bestehen einige Ausnahmeregelungen. Eine davon betrifft die Abwesenheitsurteile.

Gegenwärtig gibt es verschiedene europäische Rechtsinstrumente, bei denen es um Abwesenheitsurteile geht. Allerdings wird diese Frage in diesen Rechtsinstrumenten unterschiedlich behandelt, was ein Hindernis für die gegenseitige Anerkennung dieser Entscheidungen darstellt. Dies führt dazu, dass es kein einheitliches System auf EU-Ebene gibt und dass (unbeabsichtigt) Rechtsunsicherheit herrscht. Um dieser Situation abzuweichen, haben sieben Mitgliedstaaten einen Vorschlag vorgelegt, der zum einen einheitliche Regeln für die Durchsetzung in einem Mitgliedstaat von Entscheidungen, die in Abwesenheit des Betroffenen ergangen sind, gewährleisten soll und zum anderen klare und gemeinsame Lösungen in Bezug auf die Verweigerungsgründe festlegt.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres unterstützt den Vorschlag grundsätzlich, betont jedoch, dass "angemessene Verfahrensgarantien" eine notwendige Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen sind. Daher müsse der Rahmenbeschluss über Verfahrensrechte in Strafverfahren so rasch wie möglich angenommen werden.

Darüber hinaus schreiben die Abgeordneten fest, dass im Falle der Wiederaufnahme eines Verfahrens, folgende Aspekte kennzeichnend sind: die betreffende Person hat das Recht auf Teilnahme am Wiederaufnahmeverfahren, der entscheidungserhebliche Sachverhalt, einschließlich neuer Beweismittel, wird (erneut) geprüft, und das Verfahren kann dazu führen, dass die ursprüngliche Entscheidung aufgehoben wird.

Schließlich muss der Angeklagte in einer ihm verständlichen Sprache etwa über seine Rechte oder den Termin und den Ort der Verhandlung informiert werden. Auch muss gewährleistet werden, dass die Rechtshilfe "praktisch und effektiv" war. In diesem Zusammenhang sollte unwichtig sein, ob der Rechtsbeistand von der betreffenden Person gewählt, bestellt und vergütet wurde oder ob er vom Staat bestellt und vergütet

tet wurde.

## **Stärkung von EUROJUST (Bericht Renate Weber, ALDE, RO)**

Eurojust wurde 2002 gegründet, um das wirksame Vorgehen der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten bei der Verfolgung schwerer grenzüberschreitender und organisierter Kriminalität zu verstärken. Eurojust fördert und verbessert die Koordinierung der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen und trägt wirksam zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei deren Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen bei.

Allerdings bedarf der 2002 erlassene Eurojus-Beschluss angesichts des Anstiegs der Mobilität, der Auswirkungen der Globalisierung auf die grenzüberschreitende Kriminalität sowie der Veränderungen am Ablauf der justiziellen Zusammenarbeit einer Änderung. Im Hinblick darauf haben 14 Mitgliedstaaten eine Initiative zur Änderung des Eurojust-Beschlusses unterbreitet. Das Hauptziel des Vorschlags besteht darin, die Rolle und die Fähigkeiten von Eurojust zu stärken. Der Vorschlag spiegelt weitgehend aktuelle Praktiken, die bei Eurojust bereits bestehen, wider: u.a. sieht er die Schaffung einer Koordinierungszelle für dringende Fälle vor, die Ausweitung der Aufgaben von Eurojust als Kollegium, die Schaffung einer gemeinsamen Grundlage gleichwertiger justizieller Befugnisse für die nationalen Mitglieder sowie Einrichtung eines nationalen Eurojust-Koordinierungssystems.

Wichtig ist dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, dass für alle von Eurojust verwendeten Arten von Dateisystemen für personenbezogene Daten ein angemessener Schutz der personenbezogenen Daten gewährleistet wird. Bei der Verarbeitung von Daten zum E-Mail-Verkehr ist sicherzustellen, dass der Inhalt und die Titel der E-Mail-Nachrichten nicht weitergegeben werden. Personenbezogene Daten dürfen von Eurojust an Behörden von Drittstaaten nur weitergeleitet werden, wenn ein vergleichbares angemessenes Datenschutzniveau gewährleistet ist.

Des Weiteren sprechen sich die Abgeordneten dafür aus, dass der Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie zu den Prioritäten von Eurojust gehören soll.

## **Europäisches Justizielles Netz (Bericht Sylvia-Yvonne Kaufmann, Die Linke)**

Das Europäische Justizielle Netz (EJN) wurde 1998 gebildet. Das EJN ist ein Netz aus den für die internationale justizielle Zusammenarbeit zuständigen Zentralbehörden und den Justizbehörden oder anderen zuständigen Behörden, die im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit eigene Zuständigkeiten besitzen. Jeder Mitgliedstaat ernennt Kontaktstellen, die rechtliche und praktische Informationen zur Verfügung stellen und Kontakte zwischen den Justizbehörden und anderen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten herstellen, um die justizielle Zusammenarbeit zwischen dem Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Nach neun Jahren seines Bestehens hat sich das EJN als "ein sehr nützliches System im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen erwiesen", so die Berichterstatterin. Die Effektivität und der Erfolg des EJN basiere auf dessen Flexibilität.

Da das Netz vor knapp zehn Jahren eingerichtet wurde, hat sich die Struktur weiter entwickelt und somit ist es erforderlich, den Rechtsakt entsprechend anzupassen. Der Vorschlag ersetzt den bestehenden Rechtsrahmen vollständig durch einen neuen Rechtsakt. Er spiegelt umfassend die derzeitige Praxis der Tätigkeit des EJN wider.

Hauptpunkte des Vorschlags sind die Einrichtung nationaler Anlaufstellen des EJN, die Klarstellung der Beziehung zu Eurojust, die Einrichtung eines gesicherten Telekommunikationsnetzes sowie Betonung der Fortbildung von Vertretern der Justizberufe.

Der Ausschuss legt wiederum Wert darauf, dass ein angemessenes Niveau des Datenschutzes gewährleistet wird. Darüber hinaus müsse es den Kontaktstellen des Europäischen Justiziellen Netzes und Eurojust ermöglicht werden, unmittelbar und effizienter durch "gesicherte Telekommunikationsverbindungen" miteinander zu kommunizieren, wann immer dies nötig ist.

Das Funktionieren des Netzes hänge stark von der Qualität der Kontaktstellen ab, so die Abgeordneten. Deshalb fordern sie die Mitgliedstaaten auf, sich bei der Auswahl von Kontaktstellen an die in den Leitlinien für die Auswahl von Kontaktstellen vorgegebenen Kriterien zu halten.

## Mündliche Anfrage - Gemeinsamer Referenzrahmen für das Europäische Vertragsrecht

Verfahren: Mündliche Anfrage  
Montag, 1.9.2008

### Die Europäische Kommission wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema "Gemeinsamer Referenzrahmen für das Europäische Vertragsrecht"

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Gemeinsamer Referenzrahmen für das Europäische Vertragsrecht

- Unter Hinweis auf seine Entschlüsse zum Europäischen Vertragsrecht vom 12. Dezember 2007 (P6\_TA(2007)0615), vom 7. September 2006 (P6\_TA(2006)0352) und vom 23. März 2006 (P6\_TA(2006)0109),
- in Kenntnis des Berichts der Kommission vom 25. Juli 2007 mit dem Titel "Zweiter Fortschrittsbericht zum Gemeinsamen Referenzrahmen" (KOM(2007)0447),
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Rates Justiz und Inneres vom 18. April 2008,
- in der Erwägung, dass der Kommission der akademische Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens Ende 2007 vorgelegt wurde,
- in der Erwägung, dass die Kommission mehrere Workshops zu einem Gemeinsamen Referenzrahmen veranstaltet hat und deren Ergebnisse nicht in den Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens eingegangen sind,
- in der Erwägung, dass die Kommission auf der Grundlage ausgewählter Teile des Entwurfs eines Gemeinsamen Referenzrahmens ein Weißbuch über einen Gemeinsamen Referenzrahmen erarbeitet,
- in der Erwägung, dass der Gemeinsame Referenzrahmen die künftige Rechtssetzungstätigkeit im Bereich Vertragsrecht stark beeinflussen wird,

Wie wird die Kommission sicherstellen, dass der Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens in möglichst vielen Sprachen verfügbar ist, damit er für alle betroffenen Akteure zugänglich ist?

Welche Maßnahmen hat die Kommission durchgeführt, um die Tätigkeit aller an der Erarbeitung des Weißbuches über einen Gemeinsamen Referenzrahmen beteiligten Generaldirektionen zu koordinieren?

Wie wird die Kommission gewährleisten, dass das Ergebnis der vor kurzem veranstalteten Workshops zu einem Gemeinsamen Referenzrahmen in das Weißbuch eingeht?

Stimmt die Kommission der Auffassung zu, dass keine Notwendigkeit besteht, Inhalte oder Unterlagen des Entwurfs eines Gemeinsamen Referenzrahmens auszuschließen, wenn der Gemeinsame Referenzrahmen ein unverbindliches Rechtsinstrument darstellen sollte?

Stimmt die Kommission der Auffassung zu, dass der Gemeinsame Referenzrahmen zu einem fakultativen Instrument werden könnte, welches auf diejenigen Bereiche beschränkt ist, in denen der Gemeinschaftsgesetzgeber tätig ist oder wahrscheinlich tätig wird oder die eng mit dem Vertragsrecht verbunden sind?

Wie wird die Kommission das Parlament in das Auswahlverfahren einbeziehen?

Wie beabsichtigt die Kommission, den Gemeinsamen Referenzrahmen auf dem neuesten Stand zu halten?"

## Wirtschaft und Währung

### EU-Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs

**A6-0312/2008** : Koordinierte Strategie zur Verbesserung der Bekämpfung des Steuerbetrugs

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache: Montag, 1.9.2008

Abstimmung: Dienstag, 2.9.2008

**Sharon BOWLES** (ALDE, GB)

Berichterstatter

**Der Wirtschaftsausschuss fordert eine koordinierte Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetruges. Die Mitgliedstaaten müssten die Bekämpfung des Steuerbetrugs „endlich ernst nehmen“. Die Abgeordneten bedauern die Blockadehaltung einiger Mitgliedstaaten in den letzten 10 Jahren, die jede wirksame EU-Strategie konterkariert habe. Die Steuerausfälle infolge von Steuerbetrug belaufen sich Schätzungen zufolge auf 200 bis 250 Mrd Euro. Besonders beunruhigend sei der Mehrwertsteuerbetrug.**

Trotz vielfältiger Analysen, Forderungen und Beanstandungen wurde bisher keine wirksame Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs im Rat verabschiedet, kritisieren die Abgeordneten. Auch wenn es vielfältige Misserfolge in den letzten Jahrzehnten gegeben habe, dürfe die EU-Kommission nicht nachlassen und müsse das Problem offensiv angehen. Die Strategie der EU zur Bekämpfung von Steuerbetrug müsse darauf abzielen, das Problem der Steuerausfälle infolge von Steuerbetrug anzugehen, indem die Bereiche ermittelt werden, in denen sowohl die Rechtsvorschriften der EU als auch die Verwaltungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten verbessert werden können. Dadurch könne die Eindämmung von Steuerbetrug wirksam gefördert werden. Auch würde dadurch den Steuerbehörden und den Steuerzahlern kein unnötiger Aufwand verursacht.

#### **Steuerausfälle von 200 bis 250 Milliarden Euro**

Der Ausschuss weist darauf hin, dass sich die (direkten und indirekten) Steuerausfälle infolge von Steuerbetrug Schätzungen zufolge auf insgesamt 200 bis 250 Milliarden Euro belaufen, was 2 bis 2,25 % des BIP der Europäischen Union entspricht. 40 Milliarden Euro an Steuerausfällen seien auf MwSt.-Betrug zuruführen, Schätzungen zufolge seien 10 % des Mehrwertsteueraufkommens, 8 % der Gesamteinnahmen aus Verbrauchsteuersätzen für alkoholische Getränke im Jahr 1998 sowie 9 % des Gesamtaufkommens aus Verbrauchsteuern für Tabakerzeugnisse betroffen.

#### **Verlagerung der Steuerschuldnerschaft**

Als Alternative zum derzeitigen MwSt.-System verweisen die Abgeordneten auf das Reverse-Charge-System, die Verlagerung Steuerschuldnerschaft. In einem Reverse-Charge-System habe der steuerpflichtige Kunde anstelle des Lieferanten für die Mehrwertsteuer aufzukommen. Der Ausschuss erkennt an, dass der Vorteil dieses Mechanismus darin liegt, dass die Gelegenheiten zu „Karussellbetrug“ beseitigt werden, da der Steuerpflichtige, an den die Waren geliefert werden, auch die Mehrwertsteuer zu entrichten hat.

Die Abgeordneten bleiben „zwar weiter vorsichtig und kritisch“, stellen jedoch fest, dass ein etwaiges Pilotprojekt den Mitgliedstaaten dabei helfen könnte, die systemimmanenten Risiken eines Reverse-Charge-Mechanismus besser zu verstehen.

## Sozialpolitik

### Erklärungen zum Sozialpaket

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission  
Dienstag, 2.9.2008

**Am Dienstagmorgen werden die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission die erneuerte Sozialagenda vorstellen. Laut Kommission steht die Agenda "für ein erneuertes Engagement für ein soziales Europa und basiert auf einem integrierten Ansatz, der verschiedene Politikfelder zusammenführt." Das Paket umfasst 19 Initiativen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales, Bildung und Jugend, Gesundheit, Informationsgesellschaft und Wirtschaft.**

Die Initiativen sind an den folgenden Prioritäten ausgerichtet:

1. Die Zukunft vorbereiten: Kinder und junge Menschen
2. In Menschen investieren: Steuerung des Wandels
3. Ein längeres und gesünderes Leben unterstützen
4. Diskriminierungen bekämpfen
5. Die Instrumente stärken
6. Die internationale Agenda mitgestalten
7. Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen

Die Kommission schlägt beispielsweise eine Richtlinie vor, die Lücken in den bestehenden Vorschriften schließt, so dass die Bürger auch außerhalb von Beschäftigung und Beruf vor Diskriminierungen aufgrund der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung geschützt werden. Ein anderer im Paket enthaltener Legislativvorschlag zielt darauf ab, den Zugang von Patienten zur Gesundheitsversorgung in anderen europäischen Ländern zu erleichtern. (Diesen Vorschlag wird die Kommission während der zweiten Septembersitzung des EP vorstellen.)

Schließlich umfasst das Paket eine Mitteilung, in der die Kommission ihre Vorstellungen davon erläutert, welche Schulen Europa im 21. Jahrhundert braucht, sowie eine Mitteilung über die Bildung und die soziale Eingliederung von Kindern mit Migrationshintergrund.

## Visapolitik

### Nutzung des Visa-Informationssystems

**A6-0208/2008** : Nutzung des Visa-Informationssystems (VIS) im Rahmen des Schengener Grenzkodex

Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung

Aussprache: Montag, 1.9.2008

Abstimmung: Dienstag, 2.9.2008

**Mihael BREJC** (EVP-ED, SI)

Berichterstatter

**Das EP wird Stellung nehmen zum Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung des Schengener Grenzkodex in Bezug auf die Nutzung des Visa-Informationssystems (VIS). Ziel des Verordnungsvorschlags ist es, die VIS-Verordnung durch entsprechende gemeinsame Regeln zu ergänzen und dazu den Schengener Grenzkodex zu ändern, um eine effiziente und einheitliche Anwendung des VIS an den Außengrenzen sicherzustellen.**

Der Vorschlag sieht vor, dass die eingehende Grenzkontrolle bei der Einreise eines im Besitz eines Visums befindlichen Drittstaatsangehörigen auch eine Abfrage des VIS gemäß Bestimmungen der VIS Verordnung umfasst (Überprüfung der Visumnummer und Abnahme von Fingerabdrücken bei allen Drittstaatsangehörigen bei jedem Grenzübertritt).

Gemäß der VIS-Verordnung können Grenzschutzbeamte zu Verifizierungszwecken Abfragen des VIS mit der Nummer der Visummarke in Kombination mit den Fingerabdrücken des Visuminhabers durchführen. Während eines Zeitraums von maximal drei Jahren nach Inkrafttreten des VIS kann die Abfrage auch allein anhand der Nummer der Visummarke durchgeführt werden. Für die Luftgrenzen kann dieser Zeitraum verkürzt werden.

#### Stichprobenweise Abfragen

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres hat eine Änderung am Kommissionstext vorgenommen, die vorsieht, dass der verantwortliche Grenzbeamte lediglich stichprobenweise Abfragen im VIS vornehmen kann. Eine solche Regelung wäre für EU-Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige, die für die Einreise in die Europäische Union kein Visum benötigen, vorteilhaft, da sich die Staus an den Grenzübergängen verkürzen würden, so der Berichterstatter des EP, Mihael BREJC (EVP-ED, SI). Der Grenzbeamte werde bei der Grenzkontrolle nach wie vor prüfen, ob der Drittstaatsangehörige alle Voraussetzungen für die Einreise in die EU erfüllt, und nach Maßgabe seiner eigenen Erfahrungen und der ihm vorliegenden Informationen zusätzlich eine Abfrage im VIS vornehmen. Damit werde er in ausreichender Weise zur Gewährleistung eines hohen Maßes an Sicherheit in der EU beitragen, so Brejc weiter.

## Außenbeziehungen

### Rede des Präsidenten von Costa Rica

Verfahren: Feierliche Sitzung  
Mittwoch, 3.9.2008

**Im Rahmen einer feierlichen Sitzung wird der Präsident Costa Ricas, Oscar Arias Sanchez, zu den Abgeordneten sprechen.**

Oscar Arias Sanchez ist seit 2006 Präsident von Costa Rica. Er hatte dieses Amt bereits zwischen 1986 und 1990 inne.

## Außenhandel/internationaler Handel

### Schrittweise und gegenseitige Öffnung der Dienstleistungsmärkte

**A6-0283/2008** : Dienstleistungsverkehr

Verfahren: Initiativbericht

Aussprache: Mittwoch, 3.9.2008

Abstimmung: Donnerstag, 4.9.2008

**Syed KAMALL** (EVP-ED, GB)

Berichterstatter

**Die EU ist mit über 28 % der weltweiten Gesamtausfuhren der weltweit größte Exporteur und Dienstleistungserbringer. Der Ausschuss für internationalen Handel betont, dass somit ein großes Interesse an der Erschließung neuer Märkte für Waren, Dienstleistungen und Investitionen bestehe. Die EU-Kommission solle sich um die schrittweise und gegenseitige Öffnung der Dienstleistungsmärkte sowie strenge Regeln und Sanktionen zur Bekämpfung der Korruption und Monopole bemühen.**

2007 betrug der Gesamtanteil des Dienstleistungssektors am Bruttoinlandsprodukt der EU-25 mehr als 75 % (Nordamerika 78 %, Afrikas 52 % und Asiens 60 %). Der Handel mit Dienstleistungen mache gegenwärtig 25 % des Welthandels aus und habe ein enormes Potenzial zur Steigerung dieser Rate und weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen.

#### **Öffnung der Dienstleistungsmärkte**

Den europäischen Dienstleistungserbringern attestiert der Ausschuss ein "hohes Maß an internationaler Wettbewerbsfähigkeit". Er fordert die EU-Kommission auf, sich in ihren Handelsverhandlungen um die schrittweise und gegenseitige Öffnung der Dienstleistungsmärkte und eine größere Transparenz und Vorhersagbarkeit der Regulierungen sowie strenge Regeln und Sanktionen zur Bekämpfung der Korruption und Monopole zu bemühen, so dass die Bürger und Unternehmer in den beiden Vertragsstaaten Zugang zu einer größeren Palette an Dienstleistungen haben.

Die Liberalisierung müsse Regeln und Normen unterworfen sein, fordern die Abgeordneten und befürworten "die Einhaltung der Umwelt- und Qualitätsnormen in vernünftiger und objektiver Weise ohne unnötige Handelshemmnisse".

#### **Positive Auswirkungen der Globalisierung an Verbraucher weitergeben**

Der Dienstleistungssektor könne vielfältige Lösungen für Umweltprobleme bieten. Dies könne den Mehrwert, der mit der Ausfuhr von Know-how aus der EU verbunden ist, erheblich steigern.

Erfreut zeigt sich der Ausschuss für internationalen Handel, dass die Kommission den Schwerpunkt darauf legt, die positiven Auswirkungen der Globalisierung an die Verbraucher weiterzugeben. Der faire Wettbewerb im Dienstleistungsbereich – in Kombination mit einem hohen Verbraucherschutzniveau – gewährleiste maßgeblich, dass der offene europäische Markt den Verbrauchern nützt.

#### **Entwicklung und Armutsbekämpfung**

Die Abgeordneten weisen darauf hin, dass der internationale Handel im Hinblick auf die Entwicklung und Armutsbekämpfung auch zum sozialen Fortschritt und zur Schaffung annehmbarer Arbeitsbedingungen beitragen und dass sich die Handelsregeln an die sozialen Standards der Internationalen Arbeitsorganisation halten müssen. Der Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung von Arbeitskräften (insbesondere Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit) sowie die Achtung der gewerkschaftlichen Freiheiten seien von wesentlicher Bedeutung für ausgewogene Handelsbeziehungen.

## Landwirtschaft

### Mündliche Anfrage - Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung

Verfahren: Mündliche Anfrage  
Dienstag, 1.9.2008

**Die Europäische Kommission wird Stellung nehmen zu einer Anfrage zur mündlichen Beantwortung zum Thema "Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung".**

Nachfolgend finden Sie den Text der Anfrage im Wortlaut:

"Betrifft: Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung

In der Richtlinie 98/58/EG(1) heißt es: „Natürliche oder künstliche Zuchtmethoden, die den Tieren Leiden oder Schäden zufügen oder zufügen können, dürfen nicht angewendet werden.“ Das Protokoll über den Tierschutz und das Wohlergehen der Tiere bestimmt, dass die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere bei der Festlegung und Durchführung der Politik der Gemeinschaft in den Bereichen Landwirtschaft und Forschung in vollem Umfang Rechnung tragen.

Ist die Kommission ebenfalls der Meinung, dass sich das Klonen nachteilig auf das Wohlergehen von Tieren auswirkt und zu einem deutlichen Rückgang der genetischen Vielfalt bei Nutztierbeständen führen dürfte, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass ganze Herden durch Seuchen, für die sie anfällig sind, dezimiert werden?

Verfügt die Kommission über Langzeiterkenntnisse zum Wohlergehen und zur Gesundheit geklonter Tiere und ihrer Nachkommen?

Was hat die Kommission bislang in Sachen Verbraucheraufklärung und Förderung der öffentlichen Diskussion über das Klonen von Tieren und dessen mögliche Auswirkungen (Verstoß gegen Normen im Bereich der Tiergesundheit und des Wohlergehens der Tiere, menschliche Gesundheit und Sicherheit, Einfluss auf die Artenvielfalt) unternommen?

Hält die Europäische Kommission das Klonen von Tieren und ihren Nachkommen für die Lebensmittelversorgung aus ethischer Sicht für gerechtfertigt, und welche Argumente stützen die Einschätzung der Kommission?

Was hat die Kommission bisher getan, um zu verhindern, dass aus geklonten Tieren und ihren Nachkommen hergestellte Lebensmittel importiert werden und in die Nahrungskette gelangen?

Beabsichtigt die Kommission, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, die das Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung, die Einfuhr geklonter Tiere und ihrer Nachkommen sowie von Samen und von Erzeugnissen aus Klontieren und ihren Nachkommen verbieten?"

## Haushalt

### **Ministerrat präsentiert Entwurf für EU-Haushalt 2009**

Verfahren: Vorlage des Entwurfs des Gesamthaushaltsplans durch den Rat  
Dienstag, 2.9.2008

**Der Ministerrat wird vor dem Plenum den Gesamthaushaltsplan für 2009 vorlegen. In einer ersten Bewertung des Haushaltsvorentwurfs der EU-Kommission hat sich das EP am 8. Juli für einen "ehrgeizigeren und ausgewogeneren" Haushalt 2009 ausgesprochen.**

Die Abgeordneten zeigten sich "erstaunt", dass deutlich weniger Mittel (Zahlungsermächtigungen) als 2007 und 2008 veranschlagt wurden. Sie bezweifeln, dass ausreichend Gelder zur Bekämpfung des Klimawandels vorgesehen sind und rügen die Unterfinanzierung in der EU-Außen- und Entwicklungspolitik. Das EP werde sich um einen "ehrgeizigeren, ausgewogeneren und in sich schlüssigen Haushaltsplan" bemühen.

"Wir sehen nicht, dass der Entwurf der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit entspricht, dass er transparent genug ist", kritisierte Jutta HAUG (SPD), Generalberichterstatterin des Europäischen Parlaments für den Haushalt 2009, in der Debatte. Ihr am 8. Juli angenommener Bericht (570 Ja-Stimmen, 49 Nein-Stimmen, 72 Enthaltungen) ist einerseits das Verhandlungsmandat für die erste Vermittlung mit dem Ministerrat zum EU-Haushalt 2009 und andererseits Grundlage für die erste Lesung im Oktober 2008.

Haug kündigte an, dass das Parlament "wild entschlossen" ist, mit dem EU-Ministerrat in einen wirklichen politischen Dialog zu treten. "Wir wollen die europäischen Prioritäten umsetzen, und dazu bedarf es eines ordentlichen Haushalts. Auch unser europäischer Haushalt ist nichts anderes als die in Zahlen gegossene Politik".

## Entwicklung und Zusammenarbeit

### Erklärung Milleniumsentwicklungsziele

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission  
Mittwoch, 3.9.2008

**Die französische Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission werden Erklärungen abgeben zum Thema "Milleniumsentwicklungsziele - Ziel Nr. 5: die Gesundheit der Mütter verbessern".**

Auf dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 haben die Staats- und Regierungschefs die Millenniumserklärung verabschiedet und sich damit zur Bekämpfung aller Formen der extremen Armut auf globaler Ebene verpflichtet. Folgende acht Millenniumsziele wurden in Zusammenhang mit der Millenniumserklärung formuliert:

- Eindämmung von Armut und Hunger weltweit
- Grundschulbildung für alle
- Förderung der Chancengleichheit,
- Verringerung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- Bekämpfung von HIV/AIDS und anderen Krankheiten
- Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit
- Mitwirkung an einer weltweiten Partnerschaft für Entwicklung

## Entwurf der Tagesordnung für die Tagung

### Entwurf der Tagesordnung Plenarsitzung vom 1. - 4. September 2008

#### Montag, 1. September 2008

17:00 - 24:00	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Wiederaufnahme der Sitzungsperiode und Arbeitsplan</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ausführungen von einer Minute (<a href="#">Artikel 144 GO</a>)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Aussprache - Justiz</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Sylvia-Yvonne Kaufmann (<a href="#">A6-0292/2008</a>) - Europäisches Justizielles Netz</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Renate Weber (<a href="#">A6-0293/2008</a>) - Stärkung von Eurojust und Änderung des Beschlusses 2002/187/JI</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Armando França (<a href="#">A6-0285/2008</a>) - Gegenseitige Anerkennung von Abwesenheitsurteilen in Strafsachen</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Mihael Brejc (<a href="#">A6-0208/2008</a>) - Nutzung des Visa-Informationssystems (VIS) im Rahmen des Schengener Grenzkodex</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Jean Lambert (<a href="#">A6-0287/2008</a>) - Bewertung des Dublin-Systems</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Gemeinsamer Referenzrahmen für das Europäische Vertragsrecht</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Klaus-Heiner Lehne (<a href="#">O-0072/2008</a> - B6-0456/2008)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Nickolay Mladenov (<a href="#">A6-0249/2008</a>) - Bestimmte Aspekte der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Sharon Bowles (<a href="#">A6-0312/2008</a>) - Koordinierte Strategie zur Verbesserung der Bekämpfung des Steuerbetrugs</li> </ul>

#### Dienstag, 2. September 2008

9:00	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>gegebenenfalls Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge (<a href="#">Artikel 134 GO</a>)</li> </ul>
9:00 - 11:50 AUSSPRACHE ZU EINEM SCHWERPUNKTTHEMA	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Erklärungen des Rates und der Kommission - Sozialpaket</li> </ul>
12:00 - 13:00	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Abstimmungen</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Katerina Batzeli (<a href="#">A6-0274/2008</a>) - Programm „Jugend in Aktion“ (2007-2013)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Katerina Batzeli (<a href="#">A6-0273/2008</a>) - Programm „Kultur“ (2007-2013)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Katerina Batzeli (<a href="#">A6-0275/2008</a>) - Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (2007-2013)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Katerina Batzeli (<a href="#">A6-0276/2008</a>) - Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Jacek Saryusz-Wolski (<a href="#">A6-0306/2008</a>) - Protokoll zum Abkommen EG/Usbekistan anlässlich des EU-Beitritts Bulgariens und Rumäniens</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Jacek Saryusz-Wolski (<a href="#">A6-0307/2008</a>) - Protokoll zum Abkommen EG/Kirgisische Republik anlässlich des EU-Beitritts Bulgariens und Rumäniens</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Jacek Saryusz-Wolski (<a href="#">A6-0320/2008</a>) - Protokoll zum Abkommen EG/Tadschikistan anlässlich des EU-Beitritts Bulgariens und Rumäniens</li> </ul>

# Plenartagung

		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Helmuth Markov (<a href="#">A6-0281/2008</a>) - Haftung Montenegros für die Serbien und Montenegro (ehemalige Bundesrepublik Jugoslawien) gewährten langfristigen Darlehen</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Neil Parish (<a href="#">A6-0311/2008</a>) - Ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Philippe Morillon (<a href="#">A6-0315/2008</a>) - Übereinkommen über die Fischerei im südlichen Indischen Ozean</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Kyösti Virrankoski (<a href="#">A6-0328/2008</a>) - Berichtigungshaushaltsplan Nr. 5/2008</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Ioannis Gklavakis (<a href="#">A6-0286/2008</a>) - Fischerei und Aquakultur im Rahmen des integrierten Küstenzonenmanagements in Europa</li> </ul>
15:00 - 15:30		
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Vorlage des Entwurfs des Gesamthaushaltsplans durch den Rat - Haushaltsjahr 2009</li> </ul>
15:30 - 18:00 [AUSSPRACHEN ZU GESETZGEBUNGSVERFAHREN]		
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Aussprache - Elektronische Kommunikationsnetze</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Catherine Trautmann (<a href="#">A6-0321/2008</a>) - Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Pilar del Castillo Vera (<a href="#">A6-0316/2008</a>) - Europäische Behörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Patrizia Toia (<a href="#">A6-0305/2008</a>) - Gemeinsames Konzept für die Nutzung der durch die Digitalumstellung frei werdenden Frequenzen</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Malcolm Harbour (<a href="#">A6-0318/2008</a>) - Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: Universaldienst und Nutzerrechte, Schutz der Privatsphäre und Verbraucherschutz</li> </ul>
18:00 - 19:00		
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Fragestunde mit Anfragen an den Rat (B6- /2008)</li> </ul>
21:00 - 24:00		
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Proinsias De Rossa (<a href="#">A6-0289/2008</a>) - Sonderbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten an das Europäische Parlament im Anschluss an den Empfehlungsentwurf an die Kommission in der Beschwerde 3453/2005/GG</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Iratxe García Pérez (A6- /2008) - Gleichstellung von Frauen und Männern – 2008</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Eva-Britt Svensson (<a href="#">A6-0199/2008</a>) - Auswirkungen von Marketing und Werbung auf die Gleichstellung von Frauen und Männern</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Neil Parish (<a href="#">O-0069/2008</a> - B6-0545/2008)</li> </ul>

## Mittwoch, 3. September 2008

9:00 - 11:20 [AUSSPRACHEN ZU GESETZGEBUNGSVERFAHREN]		
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Gemeinsame Aussprache - Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Amalia Sartori (<a href="#">A6-0140/2008</a>) - Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Amalia Sartori (<a href="#">A6-0142/2008</a>) - Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (Anpassung der Richtlinien 76/768/EWG, 88/378/EWG, 1999/13/EG, 2000/53/EG, 2002/96/EG und 2004/24/EG)</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Amalia Sartori (<a href="#">A6-0141/2008</a>) - Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 648/2004)</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Bericht: Anja Weisgerber (<a href="#">A6-0201/2008</a>) - Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb</li> </ul>
11:30 - 12:00		
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Abstimmungen</li> </ul>
		<ul style="list-style-type: none"> <li>Entschließungsanträge - Palästinensische Gefangene in Israel</li> </ul>

# Plenartagung

		<i>Aussprache: 9. Juli 2008</i>
12:00 - 12:30		
	•	Feierliche Sitzung - Costa Rica Ansprache von Óscar Rafael Arias Sánchez Präsident der Republik Costa Rica
12:30 - 13:00		
	•	Fortsetzung der Abstimmungen
15:00 - 17:30 [AUSSPRACHEN ZU AKTUELLEN THEMEN]		
	•	Bericht: Hélène Flautre ( <a href="#">A6-0309/2008</a> ) - Evaluierung der EU-Sanktionen als Teil der Aktionen und Maßnahmen der EU im Bereich der Menschenrechte
	•	Erklärungen des Rates und der Kommission - Millenniumsentwicklungsziele - Ziel Nr. 5: die Gesundheit der Mütter verbessern
17:30 - 19:00		
	•	Fragestunde mit Anfragen an die Kommission (B6- /2008)
21:00 - 24:00		
	•	Bericht: Syed Kamall ( <a href="#">A6-0283/2008</a> ) - Dienstleistungsverkehr
	•	Bericht: Timothy Kirkhope ( <a href="#">A6-0248/2008</a> ) - Verhaltenskodex in Bezug auf Computerreservierungssysteme
	•	Bericht: Josu Ortuondo Larrea ( <a href="#">A6-0308/2008</a> ) - Eine europäische Hafenpolitik
	•	Bericht: Michael Cramer ( <a href="#">A6-0326/2008</a> ) - Güterverkehr in Europa

## **Donnerstag, 4. September 2008**

10:00 - 11:50		
	•	Bericht: Frédérique Ries ( <a href="#">A6-0260/2008</a> ) - Zwischenbewertung des Europäischen Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004-2010
	•	Anfrage zur mündlichen Beantwortung - Bodenschutz
	•	Miroslav Ouzký ( <a href="#">O-0070/2008</a> - B6-0455/2008)
12:00 - 13:00		
	•	Abstimmungen
	•	Bericht: Esko Seppänen - ( <a href="#">A6-0317/2008</a> ) Förderfähigkeit zentralasiatischer Länder im Rahmen des Beschlusses 2006/1016/EG des Rates
15:00 - 16:00		
	•	Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ( <a href="#">Artikel 115 GO</a> )
16:00 - 17:00 [bzw. im Anschluss an die vorangegangenen Aussprachen]		
	•	Abstimmungen
	•	Entschließungsanträge zu den Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ( <a href="#">Artikel 115 GO</a> )

## Codes der parlamentarischen Verfahren

<b>A-Reihe</b>	Berichte und Empfehlungen
<b>B-Reihe</b>	Entschlüsse und mündliche Anfragen
<b>C-Reihe</b>	Dokumente anderer Institutionen
*	Verfahren der Konsultation
**	Verfahren der Zusammenarbeit (erste Lesung)
**	Verfahren der Zusammenarbeit (zweite Lesung)
***	Verfahren der Zustimmung
***	Verfahren der Mitentscheidung (erste Lesung)
***	Verfahren der Mitentscheidung (zweite Lesung)
***	Verfahren der Mitentscheidung (dritte Lesung)

## Abkürzungen

<b>BG</b>	Bulgarien	<b>IE</b>	Irland	<b>AT</b>	Österreich
<b>BE</b>	Belgien	<b>IT</b>	Italien	<b>PL</b>	Polen
<b>CZ</b>	Tschechische Republik	<b>CY</b>	Zypern	<b>PT</b>	Portugal
<b>DK</b>	Dänemark	<b>LV</b>	Lettland	<b>RO</b>	Rumänien
<b>DE</b>	Deutschland	<b>LT</b>	Litauen	<b>SI</b>	Slowenien
<b>EE</b>	Estland	<b>LU</b>	Luxemburg	<b>SK</b>	Slowakei
<b>EL</b>	Griechenland	<b>HU</b>	Ungarn	<b>FI</b>	Finnland
<b>ES</b>	Spanien	<b>MT</b>	Malta	<b>SE</b>	Schweden
<b>FR</b>	Frankreich	<b>NL</b>	Niederlande	<b>UK</b>	Vereinigtes Königreich

## Fraktionen

<b>EPP-ED</b>	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
<b>PES</b>	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
<b>ALDE/ADLE</b>	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
<b>Greens/EFA</b>	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
<b>GUE/NGL</b>	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
<b>IND/DEM</b>	Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie
<b>UEN</b>	Fraktion Union für das Europa der Nationen
<b>FL</b>	Fraktionslos

## Fraktionen im Europäischen Parlament

	EVP-ED	SPE	ALDE	UEN	GRÜNE/ FEA	VEL/ NGL	IND/ DEM	FL	Gesamt
<b>BE</b>	6	7	6		2			3	<b>24</b>
<b>BG</b>	5	5	5					3	<b>18</b>
<b>CZ</b>	14	2				6	1	1	<b>24</b>
<b>DK</b>	1	5	4	1	1	1	1		<b>14</b>
<b>DE</b>	49	23	7		13	7			<b>99</b>
<b>EE</b>	1	3	2						<b>6</b>
<b>IE</b>	5	1	1	4		1	1		<b>13</b>
<b>EL</b>	11	8				4	1		<b>24</b>
<b>ES</b>	24	24	2		3	1			<b>54</b>
<b>FR</b>	18	31	10		6	3	3	7	<b>78</b>
<b>IT</b>	24	17	12	13	2	7		3	<b>78</b>
<b>CY</b>	3		1			2			<b>6</b>
<b>LV</b>	3		1	4	1				<b>9</b>
<b>LT</b>	2	2	7	2					<b>13</b>
<b>LU</b>	3	1	1		1				<b>6</b>
<b>HU</b>	13	9	2						<b>24</b>
<b>MT</b>	2	3							<b>5</b>
<b>NL</b>	7	7	5		4	2	2		<b>27</b>
<b>AT</b>	6	7	1		2			2	<b>18</b>
<b>PL</b>	15	9	6	19			3	2	<b>54</b>
<b>PT</b>	9	12				3			<b>24</b>
<b>RO</b>	18	10	6		1				<b>35</b>
<b>SI</b>	4	1	2						<b>7</b>
<b>SK</b>	8	3						3	<b>14</b>
<b>FI</b>	4	3	5		1	1			<b>14</b>
<b>SE</b>	6	5	3		1	2	2		<b>19</b>
<b>UK</b>	27	19	11		5	1	8	7	<b>78</b>
<b>Gesamt</b>	<b>288</b>	<b>217</b>	<b>100</b>	<b>43</b>	<b>43</b>	<b>41</b>	<b>22</b>	<b>31</b>	<b>785</b>